

Militarisierter urbaner Raum: Stadt als Ort lokaler und globaler demokratischer Praxis

ROBERT WARREN

Die Stadt und urbane Räume generell werden seit dem Mittelalter mit der Freiheit von unterdrückender staatlicher und sozialer Kontrolle in Verbindung gebracht sowie mit Spontaneität und Innovation in Kunst und Kultur und schließlich auch den eher ausgefallenen, kreativeren und weniger vorhersagbaren dunklen Seiten menschlichen (Er-)Lebens. Die Stadt bildet den Raum, in dem Identitäten artikuliert, dargestellt, versteckt und verteidigt werden können – wo also neue Dimensionen von Bürgerschaft konstruiert werden. Besonders wichtig ist jedoch die weit reichende Überzeugung, dass die lokale Ebene zentral für die Institutionalisierung demokratischer Regierungsformen ist, durch die Demokratie auf der nationalen Ebene überhaupt erst möglich wird. In jüngerer Zeit – spätestens seit den 1990er Jahren – sind urbane Räume auf einer dritten Ebene zu einem Gebiet geworden, in dem sich Opposition auch gegen den Nationalstaat überschreitende undemokratische Politik formiert.

Städte dienen heute als Ort der Mobilisierung massenhaften politischen Widerstandes von Bürgerinnen und Bürgern gegen den zunehmenden Kontrollverlust von zentralen Aspekten ihres Lebens. Was bisher von etablierten lokalen und nationalen demokratischen Institutionen reguliert wurde, wird zunehmend von transnationalen Körperschaften kontrolliert, über die die Bürger keinerlei direkte Kontrolle mehr haben. Ihre jeweiligen Regierungen haben – vermeintlich demokratisch legitimiert – zunehmend auf eine Strategie der Militarisierung des urbanen Raumes gesetzt, um solche zivilgesellschaftlichen ›Aufstände‹ im Vorfeld verhindern oder unter Kontrolle bringen zu können. Ein entscheidender Faktor, der zur Verbreitung dieser Taktik führte, war die Erfahrung von Polizei und Nationalgarde, rund 50.000 Demonstranten

im Spätherbst 1999 nicht daran hindern zu können, das Gipfeltreffen der Welthandelsorganisation WTO in Seattle erheblich zu stören.

Die Ereignisse von Seattle haben seitdem einen nahezu ikonenhaften Status in den Augen hegemonialer wie anti-hegemonialer Akteure gewonnen.¹ Den zivilgesellschaftlichen Gegnern des globalen Kapitalismus und seiner undurchsichtigen und undemokratischen Organisationen, galt Seattle nicht nur als Modell für die Ausmanövrierung der Sicherheitskräfte durch dezentrale, hierarchiefreie und technikbasierte (Internet, Mobiltelefone) Organisationsformen, sondern gab auch zusätzlichen Antrieb für künftige Aktionen (Cockburn/St.Clair 2000; Klein 2002). Nationale und lokale Regierungen – in der Pflicht, zu verhindern, dass die Demonstrationen ihrer Bürger die Treffen transnationaler Institutionen stören – reagierten mit Strategien und Taktiken nach dem Muster der so genannten MOUT-Doktrin (Military Operations on Urban Terrain), die zukünftig Zustände wie in Seattle verhindern soll (Warren 2004).

Die Militarisierung des urbanen Raums wurde nach 9/11, mit Beginn des US-amerikanischen *War on Terror* und den Anschlägen auf den Nahverkehr in Madrid und London weiter intensiviert. Diese Ereignisse haben besonders in den USA und in Großbritannien eine staatliche Politik hervorgebracht, die davon ausgeht, jede Stadt sei ein potentielles Ziel des Terrorismus, und die Polizeikräfte entsprechend verpflichtet, rund um die Uhr Terroristen aufzuspüren und abzuschrecken. Dabei werden neue Gesetze und Vorgehensweisen, die es Strafverfolgungs- und Militärbehörden erlauben, gegen grundlegende Bürgerrechte zu verstoßen, uneingeschränkt mit Sicherheitsbedenken gerechtfertigt.

Die Ausbreitung einer urbanen Kriegsrechtslogik dient dabei zwei Zielen: Zunächst geht es, wo möglich, um die Verhinderung von und, wo nötig, die Reaktion auf terroristische Anschläge. Das zweite Ziel gilt jedoch der Restrukturierung des urbanen Raums, der von einem Ort oppositioneller politischer Meinungsäußerung zum infrastrukturellen Knotenpunkt einer globalen Ökonomie und Kulturindustrie im Interesse des Kapitals transformiert werden soll. Beide Ziele verstärken sich gegenseitig so, dass Regierungen die mögliche Störung von Gipfeltreffen durch Demonstranten mit terroristischen Anschlägen in einen Topf werfen und so intensivierte staatliche Repression legitimieren können.

Bei allen Unterschieden im Detail folgten die staatlichen Reaktionen auf reale oder befürchtete Massenaufmärsche in Städten wie Cancun, Davos, Genua, New York, Prag, Quebec City und Washington doch

1 Vgl. dazu den Beitrag von Wainwright (2007) (Anm. d. Hg.).

einem gemeinsamen *Drehbuch* (Warren 2004).² Grob gesprochen, umfasst das Drehbuch drei grundlegende Charakteristika: Zunächst trifft eine transnationale Institution, die in Verbindung zur Globalisierung steht, die Entscheidung, eines ihrer Gipfeltreffen in einer bestimmten Stadt bzw. an einem Ferienort abzuhalten und medial zu vermarkten. Als Antwort darauf versuchen dann zivilgesellschaftliche Gruppen, sich dort zur selben Zeit zu versammeln, um gegen die dort vertretene Globalisierungspolitik zu protestieren, auf die sie mit demokratischen Mitteln keinerlei Einfluss haben. In Reaktion darauf wiederum wird eine ›Pop-up Army‹ formiert, die darauf zielt, Demonstrationen zu verhindern oder zumindest unter Kontrolle zu halten.

Im Vorfeld des jeweiligen Gipfeltreffens wird die Öffentlichkeit mit durch die Medien verstärkten öffentlichen Verlautbarungen auf eine Vielzahl auswärtiger Demonstranten eingestimmt, unter denen sich unvermeidbar auch Gewalttäter befinden würden. Seit 9/11 beinhalten diese Verlautbarungen zudem regelmäßig die Warnung vor terroristischen Anschlägen, und sie kündigen an, dass zu deren Verhinderung jede notwendige Maßnahme ergriffen werde. Offizielle Verlautbarungen und die Berichterstattung der Boulevardmedien verwenden dabei regelmäßig die Begriffe ›Protestierende‹, ›gewalttätige Demonstranten‹, ›Anarchisten‹ und ›Terroristen‹ als austauschbare Etiketten.

Die diversen lokalen, bundes- und nationalstaatlichen Regierungen stellen sodann mehrtausendköpfige Sicherheitstruppen zusammen, setzen Militärflugzeuge, Schiffe und Raketensysteme in Marsch und fügen sie zu »Pop-up armies« zusammen (Warren 2002). Für die Dauer des jeweiligen Ereignisses werden zudem Zonen festgelegt, zu denen die Protestierenden keinen Zutritt haben, und solche, in denen sie Demonstrationen und Kundgebungen abhalten dürfen. Um den unmittelbaren Ort des Gipfeltreffens und andere öffentliche Plätze werden Barrikaden und Zäune errichtet. Zudem werden Hauptstraßen gesperrt und öffentliche Dienstleistungen vorübergehend eingestellt. Es kommt zu präventiven Festnahmen; und extra-legale staatliche Repression kommt zum Einsatz. Die Medien stellen derweil solche staatliche Gewaltanwendung kaum dar bzw. rechtfertigen sie als notwendig zur Selbstverteidigung und zum Schutz privaten Eigentums. Die Unterdrückung von Massenmobilisierungen während kurzzeitiger Treffen transnationaler Eliten ist zwar vielfach diskutiert worden, aber eine weitergehende Analyse zeigt, dass hier weit mehr als ›nur‹ die freie Meinungsäußerung untergraben wird.

2 Der Beitrag wurde vor dem G8-Treffen in Heiligendamm verfasst – das Elitentreffen in der Nähe von Rostock könnte gleichwohl unmittelbar in die Liste aufgenommen werden (Anm. d. Hg.).

Denn die Stadt als solche, als Ort demokratischer Praxis und Debatte wird unter Belagerung gestellt.

Vor diesem Hintergrund sind daher drei miteinander verbundene Dimensionen von Interesse: Zunächst sind Kollateralschäden mit den Maßnahmen zur Sicherung dieser mehrtägigen Treffen von Staatsoberhäuptern und anderen Amtsträgern verbunden. Mit der Verweigerung grundlegender politischer Rechte können auch erhebliche Störungen der urbanen Ökonomie und des täglichen Lebens der Stadtbewohner verbunden sein. Zweitens können diese Gipfeltreffen auch einen ›Fußabdruck‹ im Raum hinterlassen, dessen Umfang sozioökonomische und politische Folgen auch weit über den eigentlichen Ort des Treffens hinaus hat. Drittens schließlich wird durch den Staat und unterstützt durch die Medien bewusst und systematisch Realität *geschaffen* – Realitätswahrnehmungen werden vorgegeben und in Glaubenssätzen manifestiert, die auf Konstruierung und Verzerrung von Realität basieren. Das lässt sich besonders gut anhand der offiziellen Vorhersagen zeigen, die vor angeblichen Gefahren durch geplante Demonstrationen und Terroristen warnen, vor denen die Gipfeltreffen und ihre Teilnehmer geschützt werden müssten.

Diese zentralen Dimensionen sollen im Folgenden diskutiert werden. Zunächst werden Produktion und Folgen der kriegsrechtsartigen Zustände im Umfeld des FTAA-Gipfeltreffens³ in Miami, Florida sowie des G8-Gipfels⁴ auf Sea Island, Georgia genauer untersucht, um abschließend die Implikationen für die Überlebensfähigkeit demokratischer Bürgerrechte und urbaner Regierungsformen zu betrachten.

3 Der Plan für eine Amerikanische Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas, FTAA) wurde 1991 vom damaligen US-Präsidenten Bush vorgestellt. Als erster Schritt in Richtung FTAA fand 1994 eine Konferenz von 34 nord- und südamerikanischen Ländern (ohne Kuba) statt. Der Beginn der Freihandelszone wurde für 2005 ins Auge gefasst, doch die Verhandlungen sind von großen Interessengegensätzen geprägt. Erst 1999 konkretisierten sich die Verhandlungen, 2001 fand der dritte Amerika-Gipfel im kanadischen Québec statt, auf dem sich die Staats- und Regierungschefs erneut zum FTAA-Plan bekannten. Inzwischen liegt zwar ein dritter Entwurf des FTAA-Vertrages vor, die Beratung wurde im November 2003 in Miami aber wegen großer Differenzen früher beendet und bisher nicht zum Ende geführt (Anm. d. Hg.).

4 Zur Gruppe der Acht (Industrielländer und Russland, G8) gehören Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Italien, Japan, Kanada, Russland und die USA. Daneben ist in dem Gremium auch die Europäische Kommission vertreten. Die G8 gilt nicht als internationale Organisation. Ihre Treffen sind informell, um in ›entspannter Runde‹ globale Themen und Probleme zu beraten. Zur historischen Entwicklung vgl. Gstöhl (2007) sowie Schoppengerd (2007) (Anm. d. Hg.).

Die Militarisierung Miamis

Das FTAA-Gipfeltreffen in Miami gibt den Blick auf zwei Phänomene frei: Auf die eher ›traditionellen‹ Methoden der Unterdrückung von Massenmobilisierungen, aber auch auf die weniger offensichtlichen, gleichwohl zunehmenden Kollateralschäden, die aus der staatlich orchestrierten bewussten Störung des urbanen Alltags und der Funktion von Städten resultieren. Seit 1994 haben sich die Treffen zur Etablierung einer gemeinsamen Freihandelszone Amerikas von Buenos Aires bis Toronto erstreckt. Für das Treffen im Jahre 2003 wurde Miami ausgewählt, und Vertreter der beteiligten 34 Staaten (unter Ausschluss Kubas) trafen sich dort am 20. und 21. November; ein Hotel in der Innenstadt Miamis wurde zum zentralen Ort.

Während des Treffens wurden zwei grundlegende Konflikte offenbar: einerseits der zwischen den USA und Ländern wie Brasilien und Mexiko zur FTAA-Politik (Zölle, Handelsschranken); und der zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus verschiedenen betroffenen FTAA-Staaten und den handelspolitischen Vorstellungen der anwesenden Minister, deren Pläne gegen die Interessen von Arbeitern, Gewerkschaften und Landwirten gerichtet waren. Letztgenannte Gruppen kündigten daher an, sich während des Gipfeltreffens in Miami zu Protestmärschen zu treffen und handelspolitische Alternativvorschläge zu unterbreiten.

Editing reality – 1

Einige Medienberichte im Vorfeld des Gipfeltreffens behaupteten, mehrere zehntausend »Kritiker des Globalisierungsprozesses« würden über Miami herfallen (Ellman 2003; La Corte 2003), andere deuteten an, die Polizei rechne mit ca. 35.000 Demonstranten (Hirsh 2003). Kurz vor Beginn des Treffens schrieb ein weiterer Journalist, »jüngste Schätzungen« legten die Zahl der Demonstranten nun eher bei »etwa 30.000« an und »nicht mehr bei 70.000 oder gar 100.000, wie einige Sicherheitsexperten vorhergesagt hatten« (Pacenti 2003). Das Jonglieren mit Zahlen war weder in offiziellen Statements noch in Medienberichten der einzige Beitrag zur Realitätsverzerrung. Die Bevölkerung wurde weiter mit Nachrichten bombardiert, anreisende Demonstranten planten, die Stadt in ein zweites Seattle zu verwandeln. So wurde das gesamte rhetorische Arsenal von Polizei und Medien bereits Monate vor dem Gipfel geöffnet.

Das »Unbehagen« der Staatsoberhäupter angesichts von Demonstranten wurde als »Nebenprodukt der Gewalt, die Seattle 1999 erschütter-

te«, beschrieben (Bell 2003), und ein journalistischer Kollege assistierte im Vorfeld, »seit der ›Battle in Seattle‹, als hunderte Demonstranten durch die Stadt tobten, sind die Globalisierungsgegner nicht mehr derart gut vorbereitet und koordiniert gewesen« (Chapman 2003a, Hervorh. im Orig.). Ein weiterer Kollege (Lush 2003) schließlich lieferte das mittlerweile standardisierte und staatlicherseits abgesegnete Bild von Seattle als der Stadt, in der Straßenblockaden, Feuersbrünste, zerstörte Fensterscheiben und geplünderte Geschäfte den Einsatz der Nationalgarde erzwangen, die Tausende mit Tränengas beschoss und Hunderte verhaftete.

»Anarchisten« wurden zur unvermeidbaren Bedrohung. Die Polizei von Miami verkündete, »Anarchistengruppen wie der ›Black Bloc‹ würden versuchen, das Gipfeltreffen zu stören« (Pacenti et al. 2003, Hervorh. im Orig.). Einem weiteren Bericht zufolge durchsuchte die Polizei bereits seit Monaten »das Internet nach Informationen über anarchistische Gruppen« und habe sich angesichts der »Schreckensvisionen von Anarchisten, die Filialen von Starbucks und McDonalds abfackeln«, zu einem »explizit proaktiven Vorgehen zur Verhinderung jeglicher Störung« entschlossen (Chapman 2003a). Anarchisten standen auch im Zentrum des Subtexts vom ›verdorbenen Apfel‹, den die Behörden inszenierten. Danach werden – ganz egal wie viele Personen in der Stadt auftauchten – immer ein paar dabei sein, die auf Gewalt gegen die Sicherheitskräfte und auf Zerstörung aus seien. Diese ›verdorbenen Äpfel‹ wurden dabei konsequent als »Anarchisten« bezeichnet (Chapman 2003a; Ellman 2003). Im Kontext dieser ›Realität‹ wurden dann die ›notwendigen‹ Schritte unternommen, das Gipfeltreffen ›angemessen‹ zu schützen. Die tatsächliche Zahl der Protestierenden in Miami und ihr Verhalten standen dabei in keinem Verhältnis zu den Vorhersagen von Polizei und Medien. Die einzige größere Versammlung war von der US-amerikanischen Gewerkschaft AFL-CIO mit etwa 10.000 Menschen organisiert worden. An Zusammenstößen, die zu Gewalt führten, waren lediglich einige hundert Bürger beteiligt, und sie wurden meist von den jeweils in deutlicher Überzahl anwesenden Polizisten angezettelt.

Die ›Pop-up Army‹ und ihr nationales Unterstützungsnetzwerk

Die Zahl der in Miami zusammengezogenen Sicherheitskräfte wurde auf mindestens 2.500 geschätzt (Ellman 2003) und setzte sich aus lokalen, bundesstaatlichen und nationalen Sicherheitsbehörden zusammen. Über 40 Polizeibehörden der Region stellten Personal und Ressourcen zur Verfügung. Zu Wasser, zu Lande und in der Luft wurde der urbane

Raum während des Gipfeltreffens militarisiert. Küstenwache und Polizei kontrollierten die Wasserwege um Miami (Chapman 2003a; Pacenti 2003), und Polizeihubschrauber wurden flächendeckend zur Überwachung und Kontrolle der Demonstranten eingesetzt.

Der Löwenanteil des Polizeipersonals rekrutierte sich aus dem *Miami Police Department* unter dessen Polizeichef John Timoney. Dass Timoney gerade 2002 Polizeichef von Miami geworden war, verdankte er seinem Ruf als Polizeichef von Philadelphia. Dort hatte er sich während der Nationalversammlung der Republikaner im Jahr 2000 mit seinen proaktiven Maßnahmen gegen Proteste und Demonstrationen einen Namen gemacht. Sein Mandat in Miami lautete, »sicherzustellen, dass die FTAA reibungslos über die Bühne geht« (Chapman 2003a).

Zur Durchsetzung des »störungsfreien Ablaufs« (ebd.) verhängte die Stadt unmittelbar im Vorfeld des Gipfeltreffens eine außerordentliche Verordnung, die festlegte, was der Bevölkerung während des Gipfeltreffens erlaubt blieb. Beispielsweise wurde es selbst kleinsten Gruppen verboten, sich im öffentlichen Raum auch nur für eine kurze Zeit zu versammeln, wenn sie das nicht vorher der Polizei ankündigten.⁵ Das Tragen »jeglicher länglicher Metall-, Plastik- oder ähnlicher harter Gegenstände« sowie von Glasflaschen, Wasserpistolen und Stöcken mit einem Durchmesser von mehr als 0,6 cm wurde verboten (Lush 2003). Zudem erhielten die »Polizisten vollen Ermessensspielraum, jeden zu verhaften, der Schilder oder Plakatstangen bei sich trug, die ihnen als zu stabil oder zu groß galten«; das Kampieren in den öffentlichen Parks wurde den Demonstranten vollends untersagt (Pacenti 2003a).

Die Polizei Miamis stattete sich derweil speziell für das Gipfeltreffen mit zusätzlicher Ausrüstung aus, die Elektroschockgeräte, Körperpanzer, Kampfhelme, Gasmasken und nicht zuletzt Wasserwerfer der Feuerwehr umfasste (Chapman 2003a). Weiterhin konsultierte sie die Polizeibehörden anderer Städte, inklusive der Seattles, die bereits Erfahrung mit Massenversammlungen während transnationaler Gipfeltreffen gesammelt hatten.

Es besteht kaum Zweifel daran, dass die Polizei Bürger sowohl präventiv verhaftete als auch unverhältnismäßig Gewalt einsetzte, inklusive des umfassenden Einsatzes von als »nicht-tödlich« bezeichneten Waffen gegen Zivilisten, um sie einzuschüchtern und Proteste zu unterdrücken.

5 Diese städtische Verordnung überstieg alle bis dorthin bekannten »normalen« Verordnungen. Bürgerrechtsgruppen klagten gegen die Verordnung, und Miami musste das Gesetz zurückziehen. Auch Kommunen in Georgia übernahmen im Vorfeld des G8-Treffens in Sea Island vergleichbare Regelungen, die sie nach Klagen wegen Verfassungswidrigkeit zurückziehen mussten.

Zahlen der Generalstaatsanwaltschaft Floridas belegen, dass insgesamt 231 Festnahmen gemacht wurden, 194 (oder 84 Prozent) davon wegen Ordnungswidrigkeiten (Haggman/Ellman 2003). Dabei wurden Polizeihubschrauber mit moderner Überwachungstechnologie eingesetzt, um Demonstranten zu erfassen, die von den Polizeikräften am Boden angegriffen oder festgenommen werden sollten (Solnit 2003). In einem der umstrittensten Fälle polizeilicher Gewaltanwendung wurde berichtet, »Zivilpolizisten, verkleidet als Anarchisten mit schwarzen Gesichtsmasken«, seien vor Ort gewesen (Chapman 2003b). Außerdem wurden sogar Demonstranten mit offizieller Versammlungsgenehmigung von der Polizei belästigt. Die Versammlung der AFL-CIO beispielsweise war eine offiziell angemeldete Veranstaltung, und doch verletzte die Polizei, so John J. Sweeney, Präsident der AFL-CIO, »praktisch jede Übereinkunft«, auf die sich Polizei und Gewerkschaft verständigt hatten (zit.n. ebd.).

Ausweitung des Diskurses: Die Stilllegung von Miamis Innenstadt

Dieser kriegsrechtsartige Zustand – legitimiert durch die staatlich bearbeitete Realität – erreichte letztlich genau das, was man eigentlich den Demonstranten als Ziel zugeschrieben hatte: die massive Störung des Alltags, der ökonomischen Funktion und der vielfältigen öffentlichen Dienstleistungen der Innenstadt. Weit über die gezielte Unterdrückung politischer Meinungsäußerung hinaus führte die Privilegierung der »Sicherheit« einiger weniger Staatsgäste bei ihrer fünftägigen Stippvisite zu Kollateralschäden, die einen direkten Angriff auf die Stadt als einem Raum von Freiheit und Demokratie darstellen.

Die Innenstädte jeder Großstadt sind abhängig von der Zugangs- und Bewegungsfreiheit aller Bewohner im Zentrum und in der Region. Jede größer angelegte Störung der Aktivitäten in einem zentralen Geschäftsviertel würde man unter normalen Bedingungen als eine Katastrophe ansehen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern. In Miami jedoch sorgten die städtischen Behörden gemeinsam mit bundesstaatlichen und nationalen Institutionen ganz bewusst dafür, dass die Innenstadt für mehr als eine Woche als funktionaler Bestandteil der Stadt komplett ausfiel. Entsprechend wurde die Innenstadt während des Gipfeltreffens als »Geisterstadt« charakterisiert (Pacanti/Clifton 2003), »in deren fast gänzlich verlassenen Straßen hunderte Polizisten in voller Kampfmontur patrouillierten« (Chapman 2003a). Ein weiterer Bericht beschrieb die Innenstadt als »Armeeencamp« mit »Legionen« von patrouillierenden Polizisten auf Straßen, »von denen man die Öffentlichkeit

verbannt hatte« (Pacenti/Clifton 2003). Die Umgebung des Gipfels war nun »von fast allen Anwälten, Bankern, Buchhaltern, Juwelieren und Studenten entleert« (Chapman 2003a). Viele größere Unternehmen verlegten ihre Geschäfte an andere Orte oder erlaubten ihren Angestellten, zu Hause zu arbeiten (Hernandez 2003). Einige Bankfilialen schlossen für mehrere Tage, andere – nahe der Kernsicherheitszone des Gipfeltreffens – gar für die gesamte Woche. Die großen Kreuzfahrtlinien »leiteten ihre Luxusliner nach Fort Everglade um, um sich das Chaos zu ersparen« (Pacenti 2003).

Die Arbeit öffentlicher Einrichtungen wurde ebenfalls beeinträchtigt, oder sie wurden ganz geschlossen. So verlegten Schulen den Unterricht aus der Innenstadt an andere Orte, und andere Institutionen, »vom Bundesgericht bis hin zu Kinderhorten«, blieben gleich ganz geschlossen (Hirsh 2003). Zudem wurde der öffentliche Nahverkehr durch die Schließung zweier innerstädtischer Bahnhöfe eingeschränkt, der städtische Gerichtshof verlegte seine Verhandlungen in benachbarte Städte, und Briefkästen wurden abmontiert (Pacenti 2003).

Der Massenaufmarsch von Sicherheitskräften und die flächendeckende Verbarrikadierung führten dazu, dass die Innenstadt ohnehin gemieden wurde. Die Polizei hielt routinemäßig Autos auf dem Weg ins Zentrum an, kontrollierte Fahrzeuge und Insassen (Pacenti/Clifton 2003). Zudem gab es so viele gesperrte Straßen und Umleitungen, dass die umfangreichen Listen selbst über das Fernsehen bekannt gemacht werden mussten (Chapman 2003a).

Bürger wurden beim Einkaufen von Polizisten überrascht, die ihre Ausweise kontrollieren wollten (Hernandez 2003), und Polizeieinheiten »sammelten sich an fast jeder größeren Kreuzung, manche von ihnen in Kampfanzügen« (Hirsch 2003). Andere als »sensibel« eingeschätzte Örtlichkeiten wurden verbarrikadiert und »von Bundespolizisten in schwarzen Kampfanzügen mit Maschinenpistolen verteidigt« (Hernandez 2003).

In den offiziellen Verlautbarungen hatten die Störungen des öffentlichen Lebens, der Geschäftswelt und der urbanen Ökonomie von Miamis Innenstadt jedoch keinerlei Bedeutung. Sie wurden nicht einmal als Kollateralschäden der Militarisierung der gesamten Umgebung wahrgenommen. Der Bürgermeister etwa bezeichnete die Maßnahmen als »beispielhaftes Modell der Heimatverteidigung« (Hayden 2003), und ein Sprecher des Miami-Dade County wurde mit den Worten zitiert, »die Polizei habe gute Arbeit geleistet bei dem Versuch, »die Balance zwischen den Rechten der Protestierenden und der Sicherheit aller unserer Bürger« zu halten« (zit.n. Goodnough 2003, Hervorh. im Orig.).

Bereits während des FTAA-Gipfels war klar, dass die nächste größere internationale Konferenz auf dem Gebiet der USA der G8-Gipfel auf Sea Island im Bundesstaat Georgia sein würde. Daher kamen Führungskräfte der Polizei und Feuerwehr der Stadt Savannah, die am dichtesten am Ort des Gipfeltreffens auf Sea Island liegt, nach Miami, um die dortigen Sicherheitsvorkehrungen zu beobachten und sich mit den verantwortlichen Sicherheitsbehörden zu beraten. Auch der Direktor des *Department of Homeland Security* von Georgia besuchte die Stadt. Seine Schlussfolgerung war eindeutig; man müsse ähnlich vorgehen wie in Miami, damit »die Protestierenden nicht wild herumrennen, kein Eigentum zerstören und keine Küstenbewohner verletzen« (Chapman 2003b). Die Sicherheitsvorkehrungen für den Gipfel auf Sea Island sollten jedoch die Miamis noch bei weitem übertreffen, sowohl in Hinblick auf die direkten als auch die kollateralen sozioökonomischen und politischen Folgekosten.

Sea Islands Drehbuch

Im Jahr 2004 hielten die Staatsoberhäupter Deutschlands, Frankreichs, Kanadas, Italiens, Japans, Russlands, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten vom 8. bis 10. Juni ihren G8-Gipfel auf Sea Island, Georgia ab. Die Orte der Gipfeltreffen wechseln zwischen den Mitgliedsstaaten, und Sea Island passte genau in die neue G8-Strategie – verabschiedet nach dem Gipfeltreffen in Genua 2001 –, größere Städte zukünftig zu meiden und die Treffen möglichst vollständig von der Öffentlichkeit zu isolieren.

Das Modell Kananaskis

Als Reaktion auf die Massenproteste, das extrem gewalttätige Vorgehen der italienischen Polizei und den Tod eines Demonstranten in Genua wurden die G8-Gipfel von 2002 bis 2005 in kleinen luxuriösen Urlaubsorten abgehalten, die komplett abgeriegelt wurden. Im Jahr nach Genua wurde dieses Modell von Kanadas Premierminister Jean Chretien eingeführt, um sicherzustellen, dass die Unruhe und Gewalt von Genua sich nicht wiederholen (Warren 2004). Kananaskis in der Provinz Alberta ist ein elitärer Ferienort inmitten von Wildnis, der durch den Einsatz von Sicherheitskräften mit militärischer Ausrüstung komplett abgeriegelt wurde. Die nächstgelegene Metropole, das 120 Kilometer entfernte Calgary, wurde derweil zum Zentrum aller Aktivitäten jenseits des abgeriegelten Gipfeltreffens selbst. Die aus Kananaskis praktisch ausge-

schlossenen Medienvertreter bekamen ein großes abgeriegeltes und streng kontrolliertes Medienzentrum in Calgarys Innenstadt zur Verfügung gestellt.

Insgesamt wurden rund 15.000 Polizei- und Militärkräfte aus ganz Kanada eingesetzt. Dieser staatliche Truppenaufmarsch erschwerte den Demonstranten die Versammlung in Calgary derart, dass es überhaupt nur wenige Tausend schafften und gewaltsame Zusammenstöße vollends ausblieben. Die kanadische Regierung hatte für die Sicherung des zweitägigen Gipfels Gesamtkosten von mindestens 300 Millionen US-Dollar zu tragen.

Gleichzeitig erstreckte sich der ›Fußabdruck‹ des Treffens räumlich jedoch weit über Kananaskis selbst hinaus. Zu den Kollateralschäden in Calgary gehörten die weitgehende Lähmung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens für Anwohner, Angestellte und Unternehmer – besonders in der Innenstadt. Ein Großteil der Wildnis und öffentlichen Ausflugsgebiete der Region blieb für Touristen geschlossen, Reisende auf den Autobahnen mussten Verspätungen in Kauf nehmen, und kommerzielle Hubschrauber durften nicht abheben.

Die Besetzung von Georgias Küste

Sea Island liegt vor der Küste Georgias und ist bei einer Größe von fünf mal acht Kilometern eine der wohlhabendsten und exklusivsten Kommunen der USA. Von der Küste getrennt wird es durch das dazwischen liegende St. Simons Island. Die zwei Inseln sind nur über einen schmalen Damm oder per Schiff miteinander verbunden, und schon nach St. Simons Island kommt man nur mit dem Schiff oder über einen weiteren sechs Kilometer langen Damm, der die Insel mit der größten nahe gelegenen Stadt Brunswick und ihren 15.600 Einwohnern verbindet. Brunswick und das umliegende Glynn County waren beide stark vom G8-Gipfel und seinen Sicherheitsvorkehrungen betroffen. Das gleiche galt für Savannah, eine Stadt von 150.000 Einwohnern, rund 125 Kilometer nördlich von Sea Island. Savannah wurde ähnlich wie Calgary als Basislager für die gesamte Operation genutzt. Ein Großteil des Personals des Gipfeltreffens wurde dort untergebracht. Das internationale Handels- und Konferenzzentrum der Stadt wurde zur offiziellen Medienzentrale des Gipfeltreffens umfunktioniert und von über 3.000 angereisten Journalisten genutzt. Sogar der ehemalige Bürgermeister von Kananaskis und einige seiner Mitarbeiter besuchten Savannah auf Einladung seines Stadtoberhauptes, um ihre Erfahrungen bei der Sicherung eines G8-Gipfels einzubringen (Zickefoose 2004).

Geschätzte 20.000 Sicherheitskräfte wurden von nationalen, bundesstaatlichen und lokalen Behörden zum Gipfeltreffen entsandt. Der Bundesstaat Georgia beteiligte sich mit einer Reihe von Behörden. Sowohl die umliegenden Städte und Landkreise als auch die weit entfernte Hauptstadt Atlanta stellten Sicherheitspersonal, Ressourcen und Einrichtungen bereit.

Der Geheimdienst überwachte die gesamte Planung der Sicherheitsmaßnahmen und koordinierte den Einsatz von sechs weiteren Behörden innerhalb des Department of Homeland Security, darunter auch die Küstenwache, deren Aufgabe es ist, die Küsten und Wasserwege der USA vor Terroristen zu schützen. Zudem kamen Hubschrauber und Kampfflugzeuge zum Einsatz, auch Boden-Luft-Raketen wurden stationiert, um das Gipfeltreffen zu schützen (Davis 2004).

Editing reality – 2

Im Vergleich zum FTAA-Gipfeltreffen in Miami bestand der substantielle Unterschied im Vorfeld des Gipfels von Sea Island darin, wie das Risiko möglicher Gewaltausbrüche im Vorfeld des Treffens inszeniert wurde: Der Schwerpunkt lag auf dem Schutz der Staatsoberhäupter, die vor einem ›Worst Case‹ – gemeint waren Angriffe wie der auf das World Trade Center – geschützt werden mussten. Unmittelbar vor Beginn des G8-Gipfels ließ sich US-Generalstaatsanwalt John Ashcroft mit den Worten zitieren, der Gipfel sei eines der hochkarätigen Treffen des Sommers, das von Al Qaeda-Terroristen ins Visier genommen werden könnte (Associated Press 2004). Der Geheimdienst – mit Blick auf seegestützte terroristische Angriffe – ermahnte Küstenwache, Hafenverwaltung und private Betreiber der Hafenterminals, »nach geheimnisvollen Tauchern Ausschau zu halten« (Chapman 2004).

Die Sicherheitspläne der Küstenwache, die den Einsatz von Hubschraubern sowie von SWAT-Teams⁶ auf bewaffneten Schnellbooten umfassten, beruhten einem Reporter zufolge auf der Annahme, »Terroristen könnten an der US-amerikanischen Küste ähnlich einfach zuschlagen wie in Nahost« (Fabey 2004a). Ziel sämtlicher Pläne war daher, »allen Protestformen oder terroristischen Angriffen« – ob Schiffsblockaden oder Kaperung, von Tauchern angebrachte Bomben an

6 SWAT steht für *Special Weapons and Tactics*. SWAT-Teams sind die paramilitärischen Einheiten der Polizei in den USA, vergleichbar den Spezialeinsatzkommandos (SEKs) in der Bundesrepublik. Die ersten SWAT-Teams wurden nach den Unruhen in US-amerikanischen Innenstädten in den 1960er Jahren gegründet und vom Militär ausgebildet (Anm. d. Hg.).

Docks oder Piers oder anarchischen Zustände im Hafengebiet – entgegenzutreten und sie zu verhindern (Fabey 2004b).

Zur offiziellen Politik wurde das ›Worst-Case‹-Szenario im Mai 2004, als der Gouverneur von Georgia für die sechs Landkreise an der Küste den Ausnahmezustand ausrief. Zugleich wurde ein gemeinsames ›Oberkommando für die öffentliche Sicherheit‹ eingerichtet, das nach Angaben eines Sprechers die Reaktionszeit auf »Terrorangriffe und störende Demonstrationen« verkürzen sollte (Plummer 2004). Angesichts der Unzugänglichkeit von Sea Island selbst bereiteten sich die Polizeien von Savannah und Brunswick – in der Erwartung, zu zentralen Orten des Protestes zu werden – auf den Fall eines Terrorangriffes oder öffentlichen Aufruhrs vor und »planten eine massive Demonstration der Stärke während des Gipfels« (Kaplan 2004).

Überzogene Zahlen von zu erwartenden Demonstranten wurden genannt und Ängste vor einem neuen Seattle geschürt, um das Bedrohungsgefühl der Öffentlichkeit künstlich anzuheizen. Einige Medienberichte sprachen von bis zu 70.000 Protestierenden, die nach Savannah kommen würden, und »bauschen so das Schreckgespenst eines gewalttätigen Tumultes, ähnlich dem beim G8-Gipfel in Genua, auf« (Kaplan/Jubera 2004). Ein anderer Bericht erinnerte daran, die Demonstranten in Seattle hätten die dortige Innenstadt in Brand gesetzt und drei Millionen US-Dollar Schaden angerichtet; 600 von ihnen seien verhaftet worden (Copeland 2004). Derselbe Bericht zitierte den Polizeichef von Glynn County, der keine Angaben zu Orten möglicher Ausschreitungen machen wollte, weil er »nicht voraussagen kann, wohin diese Anarchisten gehen, um Nachbarschaften zu zerstören«.

›Urlaub‹ für die politische Meinungsäußerung

Sea Island und seine Umgebung wurden durch Straßensperren, die Blockade von Wasser- und Luftverkehrswegen für Zivilisten sowie durch den Einsatz modernster Waffensysteme in eine uneinnehmbare Festung verwandelt. Um Begegnungen zwischen Gipfelteilnehmern und der Öffentlichkeit zu verhindern, war das System lückenlos organisiert. Die Staatsoberhäupter landeten auf einer Militärbasis nahe Savannah, flogen von dort aus mit dem Hubschrauber auf den Damm zwischen St. Simons und Sea Island, von wo sie dann wartende Limousinen die restlichen Meter nach Sea Island beförderten (Kaplan/Jubera 2004).

Auf dem gesamten Küstenstreifen zwischen Savannah und Sea Island bzw. Glynn County machten die kriegsrechtsartigen Zustände vor Ort praktisch jegliche oppositionelle Meinungsäußerung während des Gipfeltreffens unmöglich. Die lokalen Regierungsbehörden erließen

Verordnungen gegen politische Demonstrationen, die noch wesentlich restriktiver waren als die von Miami (Dickson 2004c; Kaplan 2004). Die Polizei des Savannah-Chatham County lud im Februar 2004 zu einer speziellen G8-»riot control dress rehearsal«, also einer Kostümprobe der besonderen Art, bei der die Polizisten in Körperpanzern, unter Kevlarhelmen⁷ und mit metallenen Schlagstöcken und Schilden aufmarschierten (Hirshman 2004). Bis Mitte April hatte die Polizei von Glynn County der Vorbereitung des G8-Gipfeltreffens bereits knapp 3.800 Arbeitsstunden gewidmet (Dickson 2004b).

Nahezu jede Art von Verhalten wurde dabei mit Terrorismus in Verbindung gebracht. Die Polizei von Glynn County bat die Anwohner, jede Person zu melden die »Fotos von nicht-touristischen Orten mache« oder »sich nach den Sicherheitsvorkehrungen der lokalen Behörden und Unternehmen erkundige« (Stepzinki 2004). Die Polizei von Brunswick verfuhr ähnlich. Schon Wochen vor dem Gipfeltreffen »befragte die Polizei intensiv alle, die eine Kamera bei sich trugen – mit dem Ziel, Touristen von Terroristen zu unterscheiden« (Williamson 2004a).

Letztlich gab es nur einige kleine Demonstrationen gegen die G8-Politik. Von den ungefähr 300 Teilnehmern waren mehr als zehn Prozent (40 Personen) Polizisten in Zivil (Bynum 2004). Wie ein Bericht weiter feststellte, wurde die Zahl der Demonstranten »nicht nur weit von der der Sicherheitskräfte, sondern auch von der der Presse übertroffen« (Kaplan/Jubera 2004).

Stillstand des Alltagsleben und der lokalen Ökonomie

Die Störungen des Alltags- und ökonomischen Lebens – bewusst staatlich erzeugt, um einer Handvoll internationaler Führungskräfte zu erlauben, sich für einige Tage in einem isolierten und exklusiven Urlaubsort zu treffen – waren umfassend, komplex und erstreckten sich weit über den eigentlichen Ort des Treffens hinaus. Die natürliche Abschottung Sea Islands wurde in eine totale Isolation des Territoriums verwandelt – kein Zutritt für jene, die nicht autorisiert waren. Die unmittelbare Umgebung war belagert von 10.000 Soldaten und Polizisten mit militärischer Ausrüstung; alle Zugangsstraßen und Brücken wurden überwacht,

7 Kevlar ist der Markenname für Aramidfasern, goldgelbe organische Kunstfasern. Die Fasern sind u.a. bekannt für ihre sehr hohe Schlagfestigkeit und Beständigkeit gegenüber Säuren und Laugen. Darüber hinaus sind sie sehr hitze- und feuerbeständig. Die Haupteinsatzgebiete finden sich im Splitterschutz, bei schuss sicheren Westen, Schutzhelmen, Panzerungen für Fahrzeuge (Anm. d. Hg.).

bewaffnete Boote patrouillierten entlang der Küste, und Hubschrauber durchkämmten den Luftraum (Associated Press 2004).

Im Fall von Savannah wurden die Funktion einer Innenstadt, zentrale Aspekte der urbanen Ökonomie und nicht zuletzt das Leben zahlreicher Bürger der ›Sicherheit‹ eines 130 Kilometer entfernten G8-Gipfels untergeordnet. Ein Reporter sprach von »Belagerungsmentalität«; eine Kunsthochschule beendete ihre Kurse früher, um nicht noch während des Gipfels im Unterricht zu sein, Bürger fanden sich zusammen, um öffentliche Plätze rund um die Uhr gegen die vermeintlich gefährlichen Demonstranten zu bewachen (Jacobs 2003).

Während des Gipfels war die Innenstadt voll von Polizei- und Militärfahrzeugen. Konvois aus Mannschaftswagen mit Truppen in Kampfanzügen und Fahrzeugen der *Georgia State Patrol* fuhren mit Warnlicht »Tag und Nacht« durch die Region (Savannah Morning News 2004). An einem der Abende beobachteten Freiwillige, die sich versammelt hatten, um ein historisches Kirchengebäude gegen Demonstranten zu schützen, »67 Polizei- und Militärfahrzeuge in knapp zwei Stunden« (Associated Press 2004).

Drei Hotels, die das Personal des Gipfels beherbergten, das Kongresszentrum selbst und noch ein weiteres Hotel wurden jeweils mit Betonbarrieren umgeben, die von hohen Zäunen gekrönt waren (Bell 2004; Stanford 2004). Die Kontrollkriterien für Fahrzeuge innerhalb der Innenstadt wurden im Vorfeld des Gipfels mehrfach geändert, was nicht nur zur Verwirrung führte. Tatsächlich gefährdeten die Kontrollen den Betriebsablauf lokaler Unternehmen, deren Waren nicht oder nur verspätet angeliefert werden konnten (Williamson 2004b).

Savannah verfügt über ein millionenschweres Tourismusgeschäft, und die Militarisierung der Region fiel genau in die Hochsaison. Für die Tourismusindustrie bedeutete der Gipfel somit einen erheblichen Gewinnausfall. Die Zahl der Militär-Humvees⁸ und Polizeifahrzeuge übertraf in dieser Zeit die der Touristenbusse der Stadt bei weitem (Florida Times-Union 2004). Die Umsätze sämtlicher lokalen Restaurants gingen »während der Gipfelwoche stark zurück« (Kessler/Walker 2004). Vor allem die Restaurants entlang der River Street – einer touristischen Hauptattraktion – waren von »ominösen Stahlbeton-Sperren« eingekeilt und blieben weitgehend leer (Harder/Harder 2004).

8 Der meist Humvee gesprochene HMMWV (High Mobility Multipurpose Wheeled Vehicle) ist ein geländegängiges Fahrzeug, das als Nachfolger des M151 für die US-Armee entwickelt wurde und seit 1985 in verschiedenen Versionen produziert wird. U.a. durch die Kriegsberichterstattung im Golfkrieg bekannt geworden, brachte AM General 1992 eine zivile Version des HMMWV auf den Markt: den Hummer (Anm. d. Hg.).

Andere mit dem Gipfel zusammenhängende Maßnahmen brachten weitreichende Störungen der hafennahen Industriegebiete mit sich, umfassten die Einschränkung des Schiffsverkehrs innerhalb einer Hafen-Sicherheitszone, die Schließung der Küstenwasserwege für alle Schiffe zu beiden Seiten des Savannah River und den Lieferstopp von Flüssigerdgas und Trockenammoniak an lokale Fabriken (Chapman 2004). Kommerziellen Schiffen und Krabbenfischerbooten wurde der Aufenthalt in einer Fünf-Kilometer-Zone um Sea Island untersagt. Private Schiffe wurden gezwungen, von ihren normalen Routen abzuweichen, oder ihnen wurde die Einfahrt in die von ihnen normalerweise befahrenen Gewässer ganz untersagt (Dickson 2004a).

Ebenfalls massiv waren die Einschränkungen des Luftverkehrs. Weder Besucher noch Anwohner konnten während des Gipfels Sea Island erreichen, und die drei lokalen Flughäfen wurden geschlossen (Dickson 2004a) – dies zu einem Zeitpunkt, zu dem nach Angaben der US-Flugsicherheitsbehörde FAA der Luftraum normalerweise intensiv von privaten Luftfahrzeugen genutzt wird (Brice 2004). Zudem wurden »Mikro-Flugverbotszonen« (ebd.) über Teilen von Savannah eingerichtet. Weiterhin galten für die gesamte Küste Georgias sowie für Teile von South Carolina und Florida umfangreiche Einschränkungen des privaten Luftverkehrs – gleich ob Privatjet oder landwirtschaftliches Sprühflugzeug.

Insbesondere die rund 10.000 hispanischen Bewohner von Glynn County hatten die wohl ernstesten Kollateralschäden zu tragen. Während der Wochen, in denen Polizei und Militär die Region in Alarmzustand versetzten, waren sie der Gefahr von Festnahmen und Abschiebungen ausgesetzt. Der Leiter einer kommunalen Serviceeinrichtung für Hispanics in Brunswick riet ihnen, sich mit Nahrungsmitteln, Wasser, Medizin und Benzin zu bevorraten und so wenig Zeit wie möglich auf den Straßen zu verbringen (Dickson 2004d). Es gibt Beweise dafür, dass jede Begegnung mit den Sicherheitskräften zur Abschiebung führen konnte – wegen illegalen Aufenthaltes in den USA, eines unsicheren Aufenthaltsstatus, weil z.B. Dokumente verzögert eintrafen, oder einfach wegen Schwierigkeiten, auf Englisch zu kommunizieren (ebd.).

Auch nicht-hispanische Anwohner waren von den Folgen des Gipfels betroffen, etwa bei der medizinischen Versorgung. Als Teil der Sicherheitsvorkehrungen des Gipfels musste, wer medizinische Betreuung suchte – vor allem in den Notaufnahmen –, Ausweispapiere vorzeigen und wurde Befragungen unterzogen. Die Notaufnahmen, Praxen, Kliniken und Apotheken, die in einer aus 24 Landkreisen bestehenden Zone im Süden Georgias lagen, wurden aufgefordert, die Beschwerden ihrer Patienten zu dokumentieren und sie der Gesundheitsbehörde zu

melden. Bei dieser Maßnahme, so die Behörden, handele es sich um eine »Maßnahme der öffentlichen Gesundheitssicherung während des G8-Gipfels, um einen Terrorangriff mit biologischen Kampfstoffen oder den Ausbruch von Infektionskrankheiten zu verhindern bzw. zu entdecken« (Hart 2004). Savannahs größte Klinik, das Memorial Health Hospital, reichte zweimal täglich Berichte über die Krankheitssymptome von Patienten an die Gesundheitsbehörde weiter; zudem wurden die Hotelangestellten Savannahs aufgefordert, etwaige Krankheitssymptome von Hotelgästen zu melden (Hart 2004).

Schlussbemerkungen

Der Beitrag hat skizziert, wie die »Sicherheit« transnationaler Institutionen gegenüber dem demokratischen Recht auf freie Meinungsäußerung und anderen Bürgerrechten in Miami und entlang eines Küstenstreifens von Georgia privilegiert wurde. Bei genauerer Betrachtung dieser Vorgänge zeigt sich jedoch mehr als die blanke Anwendung staatlicher Macht zur Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Mobilisierung im öffentlichen Raum. Die wachsenden, aber noch nicht voll erkannten sozioökonomischen Kollateralschäden, die aus den kriegsrechtsartigen Zuständen regelmäßig resultieren, stören Alltagsleben und Aktivitäten vieler Anwohner und Unternehmen, be- und verhindern die Bewegungsfreiheit innerhalb der Städte und greifen in sämtliche öffentlichen Dienstleistungsinfrastrukturen ein. Zudem können die negativen Begleiterscheinungen der Gipfeltreffen als »Fußabdruck« im Raum ein weit größeres Gebiet umfassen, als den unmittelbaren Ort der zu schützenden Teilnehmer.

Die Rechtfertigung für solche Kollateralschäden finden die politisch Verantwortlichen vor allem in der von ihnen selbst *entwickelten* und dann von den Medien verstärkten künstlich erzeugten *Realität*. Das Recht auf lokale und globale demokratische Meinungsäußerung wird von staatlicher Macht übertrumpft: Einer staatlichen Macht, die für die »Sicherheit« globaler Führungspersönlichkeiten und anderer Amtsträger auf nicht näher spezifizierte Bedrohungen und auf nicht genauer begründete Wahrscheinlichkeiten von Gewaltausbrüchen rekurriert; einer staatlichen Macht, die wahlweise »massenhafte Bürgerproteste«, »Anarchisten«, »einige faule Äpfel«, »Demonstranten«, »Terroristen«, sowie – mittlerweile zunehmend – einen angenommenen »Worst Case« zur Begründung ihrer Maßnahmen heranzieht.

Städte selber können sich dabei klar als Komplizen oder gar Wortführer gerieren, Anstifter von Aktionen werden, die die demokratische

Meinungsäußerung untergraben. Ihre Sicherheitskräfte, Ressourcen und Infrastrukturen sind zentrale Komponenten der »pop-up armies«, die die Kontrolle des urbanen Raum von der zivilen in eine militärische Kontrollform übergehen lassen. Repressive Verordnungen werden explizit deshalb erlassen, um die Nutzung des öffentlichen Raums für politische Demonstrationen zu verhindern. Selbst die Ausübung extra- und illegaler Polizeigewalt wurde von Teilen der urbanen Eliten unterstützt oder gar angeregt. Tatsache ist auch, dass die vermeintlich nur kurzen Episoden der militarisierten Gipfel-Events dauerhafte Rückstände in den betroffenen Städten hinterlassen können.

Nachhaltig dürfte insbesondere die Denkweise und Praxis von Polizei und anderen Offiziellen wirken, beispielsweise politische Plakate als Waffen und Personen mit Fotokameras als mögliche Terroristen zu betrachten. Die Ausrüstung der Polizei mit Kriegswaffen und deren Führung nach Militärtaktiken, auch der Einsatz des Militärs in den Städten sind bereits so gebräuchlich geworden, dass sie von vielen Bürgern als »normaler« Teil des urbanen Lebens akzeptiert und zu ihrer eigenen »Sicherheit« vor Terroristen und gewalttätigen Demonstranten als notwendig erachtet werden.

Die städtischen Polizeien verbringen in der Regel Monate mit der Vorbereitung globalisierungsnaher Gipfeltreffen, mit Planungen und dem Training zur Kontrolle oder Verhinderung politischer Demonstrationen. Sie werden damit Teil eines quasi-institutionalisierten horizontalen Experten-Netzwerks zur politischen Einhegung und Überwachung von Demonstrationen. Der nationale und internationale Informationsaustausch über Taktiken und Strategien zur Absicherung kurzzeitiger Gipfeltreffen und vergleichbarer Veranstaltungen ist bereits Routine und hat Feinabstimmungen und Innovationen hervorgebracht, die wiederum den »Fußabdruck« der Kollateralschäden im Raum weiter vergrößern und verstärken.

Diese wachsende Verwendung öffentlicher Gelder, die Konzentration massiver Polizei- und Militärkontingente und moderner Bewaffnung zur Kontrolle politischer Aktivitäten im urbanen Raum unterdrückt nicht nur anti-hegemoniale Stimmen. Sie ist vielmehr auch Element eines umfassenden Angriffs auf den Charakter der Stadt als kritische Instanz der Demokratie im lokalen wie globalen Maßstab.

Der Gebrauch staatlicher Macht im Rahmen der zwei hier beschriebenen Ereignisse – innerhalb einer vermeintlichen Demokratie – führte bei vielen Bürgern zu umfassenden und vielschichtigen sozioökonomischen Kollateralschäden und störte den ökonomischen Kernbereich zweier Großstädte erheblich. Anlass dafür waren die Gipfeltreffen weniger internationaler Führungspersönlichkeiten, die gegen jedwede Kritik

politisch mobilisierter Bürger sowie gegen größtenteils künstlich erzeugte Bedrohungen abgeschirmt werden sollten. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde eine Hierarchie der Über- und Unterordnung zwischen gastierenden Staatsoberhäuptern und Offiziellen – unterwegs im Interesse des globalen Kapitals – und den »normalen« Bürgern der betroffenen Regionen konstruiert, sanktioniert, militärisch durchgesetzt und durch die bewusste staatliche Bearbeitung von *Realität* legitimiert.

Es hat selbstredend eine gewisse Ironie, wenn die Außerkraftsetzung demokratischer Rechte und die Störung urbaner Ökonomien ausgerechnet notwendig sein soll, damit internationale Führungspersönlichkeiten in »Sicherheit« Pläne formulieren können, die Demokratie und entwicklungsfähige Ökonomien in anderen Teilen der Welt erst ermöglichen sollen. Über diese Ironie hinaus bleibt jedoch die Tatsache, dass, wenn die Konsequenzen solcher Militarisierungspolitik nicht erkannt, verstanden und hinterfragt werden, die einzigartige Rolle der Städte als Ort der freien Meinungsäußerung sowie institutioneller und kultureller Innovationen untergraben wird. Die kriegsrechtsartigen Zustände, die in Miami und an der Küste Georgias vorexerziert wurden und heute immer mehr Städten auferlegt werden, um Sport- und andere Großveranstaltungen, Kultur-Events und Parteitage vor zivilgesellschaftlicher Mobilisierung und/oder Terroristen zu »schützen«, sind jedenfalls eher mit einem autoritären Regime als mit einer Demokratie kompatibel.

(aus dem US-amerikanischen Englisch von
Volker Eick und Tim David Kremser)

Literatur

- Associated Press (2004): Georgia Coast Under Heavy Guard for G-8 Summit. In: *Chattanooga Times Free Press*, 7. Juni, S. A3.
- Bell, Brett (2004): Officials Prepare to Route Traffic. In: *Augusta Chronicle*, 14. Mai, S. B6.
- Bell, Maya (2003): Miami Braces for Free-Trade Talk. In: *Orlando Sentinel*, 18. November. Unter: <http://www.highbeam.com/doc/1G1-119538335.html> [25.05.2007].
- Brice, Plott (2004): G-8 Summit: Coast Used to Big Crowds; Congestion in Summer Nothing New. In: *Atlanta Journal-Constitution*, 16. Mai, S. 13D.
- Bynum, Russ (2004): Number of G-8 Protesters were Police. In: *Chattanooga Times Free Press*, 27. Juni, S. B5.

- Chapman, Dan (2003a): In Florida, Taking no Chances. Tight Lid on Miami. In: *Atlanta Journal-Constitution*, 20. November, S. 1A.
- Chapman, Dan (2003b): Police Put Squeeze on Protesters to Keep FTAA Demonstrations from Turning into a Rampage. In: *Atlanta Journal-Constitution*, 21. November, S. 1A.
- Chapman, Dan (2003d): Cracks Appear in Cities' Guests to Headquarter Free Trade Office. In: *Atlanta Journal-Constitution*, 22. November, S. 1A.
- Chapman, Dan (2004): Net Tight for G-8 on Water. Boats, Planes Restricted for Summit. In: *Atlanta Journal-Constitution*, 7. April, S. 1A.
- Cockburn, Alexander/St. Clair, Jeffrey (2000): *5 Days That Shook the World. Seattle and Beyond*. London: Verso.
- Copeland, Larry (2004): Locals Brace for G-8 meeting in Ga. In: *USA Today*, 4. Juni, S. 3A.
- Davis, James (2004): With Gators on Prowl, who Needs Armed Guards? In: *Atlanta Journal-Constitution*, 19. Mai, S. 1A.
- Dickson, Terry (2004a): G-8 to Affect Routine on St. Simons. In: *Florida Times-Union*, 17. April, S. A1.
- Dickson, Terry (2004b): Glynn Police Chief Presents Details on Security to Residents. In: *Florida Times-Union*, 18. April, S. B1.
- Dickson, Terry (2004c): Glynn Defends Public Gathering Permits; Ordinances were Passed in Anticipation of G-8 Crowds. In: *Florida Times-Union*, 29. April, S. B1.
- Dickson, Terry (2004d): Summit Raises Deportation Fears. In: *Florida Times-Union*, 20. Mai, S. B1.
- Ellman, Steve (2003): Protesters, Officials ready for Legal Confrontations. In: *Broward Daily Business Review*, 14. November, V 3, N. 11-14, S. 1.
- Fabey, Mike (2004a): Summit's Security Watches Water too. In: *Florida Times-Union*, 19. Mai, S. B1.
- Fabey, Mike (2004b): Coast Guard Prepares for Terrorist Threat During G-8 Summit. In: *Savannah Morning News*, 11. Mai.
- Florida Times-Union (2004): Summit Notebook. Patrolling Ranger Recovering from Wreck Injuries. 7. Juni, Georgia Edition, S. A10.
- Goodnough, Abby (2003): Group Wants Investigation of Police Tactics at Miami Trade Talks. In: *New York Times*, 27. November, S. A20.
- Gstöhl, Sieglinde (2007): Governance through Government Networks. The G8 and International Organizations. In: *The Review of International Organizations*, 2/1, S. 1-37.
- Haggman, Matthew/Ellman, Steve (2003): Block that Defense; Prosecutors won't Seek Jail Time, Denying Defendants the Use of Public

- Defenders. In: *Palm Beach Daily Business Review*, V.3, N, 12-23, S. 1.
- Harder, Sean/Harder, April (2004): River Street Sorrows. In: *Savannah Morning News*. 6. August. Unter: <http://old.savannahnow.com/stories/060804/2222805.shtml> [25.05.2007].
- Hart, Anne (2004): Savannah, Ga.-Area Doctors Comply with G-8 Summit Health Surveillance. In: *Savannah Morning News*, 28. Mai.
- Hayden, Tom (2003): Miami Vice, 20. November. In: *AlterNet*, Unter: <http://www.alternet.org/story/17234/> [25.05.2007].
- Hernandez, John P. (2003): A Quiet Day 1. In: *Broward Daily Business Review*, V 3.1, 18. November, N 11-18, S. 1.
- Hirsh, Stacey (2003): Miami Braces for Trade Protests. In: *Baltimore Sun*, 19. November, S. 1A.
- Hirschman, Dave (2004): Savannah Police Drill for G-8 Protests. In: *Atlanta Journal-Constitution*, 16. Februar, S. 1A.
- Jacobs, Andrew (2004): »Garden of Good and Evil« is set on Locking the Gate. *New York Times*, 6. Mai, S. A25.
- Kaplan, Paul (2004): Limits on Protesters Contested; Laws Inspired by G-8 Summit Face Challenges. In: *Atlanta Journal-Constitution*, 15. April, S. 1C.
- Kaplan, Paul/Jubera, Drew (2004): G-8 Summit at Sea Island, June 2004. In: *Atlanta Journal-Constitution*, 9. Juni, S. 1A.
- Kessler, John/Walker, Robert (2004): G-8 Summit at Sea Island. In: *Atlanta Journal-Constitution*, 12. Juni, S. 4A.
- Klein, Naomi (2002): *Fences and Windows. Dispatches from the Front Lines of the Globalization Debate*. New York, Picador.
- La Corte, Rachel (2003): Miami to Embed Reporters in Police Squads, 10. November. Unter: <http://www.globalexchange.org/campaigns/ftaa/1249.html> [25.05.2007].
- Lush, Tamara (2003): Trade Talks Put Miami on Edge. In: *St. Petersburg Times*, 17. November, S. 1A.
- Pacanti, John (2003a): Miami Braces for Massive Trade Conference Protests. In: *Palm Beach Post*, 16. November, S. 1A.
- Pacanti, John/Clifton, Alexandra N. (2003): Miami Held in Police Grip as Trade Meetings Gear up. In: *Palm Beach Post*, 18. November, S. 1A.
- Pacanti, John/Louima, Gariot/Ostrowski, Jeff/Clifton, Alexandra N. (2003): Peaceful Miami Protests turn Violent Protesters Injured, Arrested. In: *Palm Beach Post*, 21. November, S. 1A.
- Plummer, Don (2004): State of Emergency set for G-8 Counties. Perdue Order Covers 6 Areas Near Summit. In: *Atlanta Journal-Constitution*, 22. Mai, S. 3E.

- Savannah Morning News (2004): A Convoy to Nowhere. Unter: <http://www.savannahnow.com/stories/060904/2225302.shtml> [23.05.2007].
- Schoppengerd, Stefan (2007): Kleine Geschichte der G8. Von Rambouillet bis Heiligendamm. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 6/2007, S. 677-685.
- Solnit, Rebecca (2003): Fragments of the Future: The FTAA in Miami. In: *AlterNet*, 25. November. Unter: <http://www.alternet.org/story/17267/> [23.05. 2007].
- Stanford, Duane D. (2004): G-8 Summit at Sea Island, June 8-10: DOT's Job: Clear Way for Successful Summit. In: *Atlanta Journal-Constitution*, 16. Mai, S. 1D.
- Stepzinski, Teresa (2004): Police Seek Help on Security Risks. In: *Augusta Chronicle*, 11. April, S. B7.
- Wainwright, Joel (2007): Spaces of Resistance in Seattle and Cancun. In: Helga Leitner/Jamie Peck/Eric Sheppard (Hg.): *Contesting Neoliberalism. Urban Frontiers*. New York: Guilford Press, S.179-203.
- Walker, Robert/Kessler, John (2004): G-8 Summit at Sea Island, June 8-10. *Atlanta Journal-Constitution*, 23. Mai, S. 1F.
- Warren, Robert (2002): Situating the City and September 11th: Military Urban Doctrine, »Pop-Up« Armies and Spatial Chess. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 26/3, S. 614-619.
- Warren, Robert (2004): City Streets – the War Zones of Globalization: Democracy and Military Operations on Urban Terrain in the Early 21st Century. In S. Graham (Hg.): *Cities War and Terrorism*. Oxford: Blackwell.
- Williamson, Eric (2004a): G-8 Cops Snap at Taking Pictures: »Shutterbugs« likely to get extra Attention for Fear Snapshots might be used for Terrorism. In: *Florida Times-Union*, 27. April, Georgia Edition, S. A1.
- Williamson, Eric (2004b): New G-8 Summit Traffic Plans Add Challenges for Savannah, Ga., Businesses. In: *Savannah Morning News*, 20. Mai.
- Zickefoose, Sherry (2004): Mayor Divulges Secrets. In: *Calgary Herald*, 25. Januar, S. E1.